

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortl. Redakteur für den Teil Volkes und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Roggendorf, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krellitz, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königspl. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühr: Die tägliche Koloniale 20 Pfennig, Inserate a. auswärts 25 Pfennig, im Restamtliche 75 Pfennig, Berlin a. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 18. Halle, Dienstag den 22. Januar 1918. 2. Jahrgang.

Abgeordneter Haenisch über Frieden und Freiheit!

Preussisches Abgeordnetenhaus.

112. Sitzung Montag, den 21. Januar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Bergl, v. Weitzenböck, v. Eifenhardt, Koch.

Abg. v. Ziemann (Volk): Wir protestieren dagegen, daß auch der diesjährige Etat wieder Mittel „zum Schutze des Deutschtums“ anfordert, die in Wahrheit der Bekämpfung des Potentismus dienen. Es war durchaus richtig, daß in den letzten Verhandlungen zunächst allgemeine Regeln festgelegt wurden, innerhalb deren man dann auf die Lösung der praktischen Aufgaben beruhen konnte. Das nimmt vielleicht etwas mehr Zeit in Anspruch, aber für jeden denkenden Menschen ist nicht die Hauptfrage, ob dieser Krieg nun noch drei oder vier Monate länger dauert, sondern daß er nicht zu neuen Kriegen führt. Dieser Krieg darf nicht mit einem militärischen Ende enden, wie früher auf dem Boden des Verständigungsfriedens. Zunächst möchte die Presse Verhandlungen einer verheißungsvollen Art, aber die ersten Hoffnungen wurden durch das weitere Verhalten der Mittelmächte zu schanden, die zwar theoretisch das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, aber nicht international leben wollen. Dieser Standpunkt ist völlig falsch; es gibt kein ungeschicktes Recht, daß ein Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines andern einmischen darf. Alle Kriege seit 1864 beweisen das Gegenteil. Zu einer innerstaatlichen Regelung gehört Vertrauen, und wo sollen wir das Vertrauen bei uns nehmen? (Sehr richtig! bei den Völkern.) Sollen wir an die Unparteilichkeit eines Schiedsgerichts glauben, zu dem etwa Herr v. Weitzenböck oder Herr Juchaczewski? Wir würden nur zu einem internationalen Schiedsgericht Vertrauen haben können. Das deutsche Volk sollte diese Vorfrage nicht ablehnen. Der Redner bezog sich eingehend auf die nationalpolitischen Verhältnisse in Österreich, die durch gegenseitige Verständigung befriedigt gelöst seien. Die Mitglieder des nationalen Rates werden auch in Zukunft die maßgebenden Herren des Reichstages sein, wenn man nicht etwas Besonderes geschieht, dürfte ihnen die Sabotage der Wahlrechtsvorlage schon gelingen! Der „Schutz“ einer Nationalität durch den Staat ist immer eine Angelegenheit gegen die andere. Wir haben den Selbstbestimmungsrecht, den uns die Konventionen und Nationalitäten hinsetzen, auf und füllen in diesem Kampfe die Weisheit des deutschen Volkes hinter uns. (Sehr großer Beifall bei den Völkern.)

Minister des Innern Dr. Drenow stellt sich im Gegensatz zum Vorgesetzten auf den festen Standpunkt, daß die Nebenmischung in die inneren Angelegenheiten eines Volkes die Vorbedingung für einen dauernden Frieden seien. Der moderne Staat basiert auf der Idee der Selbständigkeit, der inneren Freiheit und Unabhängigkeit. Die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, die wir im Reichstag ebenfalls gutgeheißen haben und weiter oben in der Rede auch in seiner Bedeutung. Meinem Gefühl von Ehre und Würde eines Staates widerspricht es grundsätzlich, wenn von einem Staat verlangt wird, daß er die Regelung seiner inneren Verhältnisse dem Spruche einer außerrechtlichen Macht unterbreiten soll. Die Beziehung auf das Nationalitätsrecht ist in der Zukunft zu untersuchen, denn Verträge sind ein einseitiger Staat, diese Einseitigkeit aufzugeben, ist für uns vollkommen unüblich. Wir würden nach wie vor unbedingt an der Aufrechterhaltung des Schutzes des Deutschtums festhalten. Das steht in keinem Widerspruch zu dem ungeheuren Verzicht auf Vorfälle. Mit Staatsangehörigen, die mit dem Gedanken der Konvention zum preussischen Staat zugehören, können wir nicht zusammenarbeiten. In der Frage der politischen Bevölkerung liegt fest es, welche Lust in Zukunft in der Heimat wehen soll.

Steuerreform, die von sozialer Gerechtigkeit ist, in Angriff genommen werden. Die geplante weitere Erhöhung der Eisenbahnzölle lehnen wir uns voll an. Die jetzigen Erhöhungen der Personenzölle sind in ganz ungeschicklicher Weise s'hande gekommen.

Sie werden auch die Erhaltung der Parlamente nicht erlösen. (Sehr wahr!) Der Gedanke des Vorkriegs, ein Friedensverbot durch die Kriegsanbahnung zu schaffen, scheint uns erwerbslos. — Mit der Vernehmung der Kreisbahnpflichtigen wird wir zu langjam vorzugehen. Daraus notwendig ist eine Ausdehnung der Generalkriegsleistungen, besonders der weiblichen, angesichts der Vermehrung der Frauenarbeit. Endlich bedauern wir, daß sich auch in diesem Jahre wieder die Kampfpositionen gegen die Polen und Dänen bilden. Wir fordern eine Verständigungsfrist. Der Gedanke einer politischen Autonomie erscheint allerdings auch uns unüberwindlich, nicht nur im Interesse Preussens, sondern auch der Polen selbst. Die politische Autonomie ist ein Traum und nicht einmal ein Traum.

Die Verbote von Wahrscheinungsversammlungen müssen aufgehoben. Es liegt auch im Interesse der Regierung, daß die Stimmen der Massen in dieser Frage zum Ausdruck kommen. Auch liegt in ihnen ein Verzicht, im Erlöschen zu verbinden, die der Regierung am wenigsten erwünscht sein werden.

Minister des Innern Dr. Drenow stellt sich im Gegensatz zum Vorgesetzten auf den festen Standpunkt, daß die Nebenmischung in die inneren Angelegenheiten eines Volkes die Vorbedingung für einen dauernden Frieden seien. Der moderne Staat basiert auf der Idee der Selbständigkeit, der inneren Freiheit und Unabhängigkeit. Die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, die wir im Reichstag ebenfalls gutgeheißen haben und weiter oben in der Rede auch in seiner Bedeutung. Meinem Gefühl von Ehre und Würde eines Staates widerspricht es grundsätzlich, wenn von einem Staat verlangt wird, daß er die Regelung seiner inneren Verhältnisse dem Spruche einer außerrechtlichen Macht unterbreiten soll. Die Beziehung auf das Nationalitätsrecht ist in der Zukunft zu untersuchen, denn Verträge sind ein einseitiger Staat, diese Einseitigkeit aufzugeben, ist für uns vollkommen unüblich. Wir würden nach wie vor unbedingt an der Aufrechterhaltung des Schutzes des Deutschtums festhalten. Das steht in keinem Widerspruch zu dem ungeheuren Verzicht auf Vorfälle. Mit Staatsangehörigen, die mit dem Gedanken der Konvention zum preussischen Staat zugehören, können wir nicht zusammenarbeiten. In der Frage der politischen Bevölkerung liegt fest es, welche Lust in Zukunft in der Heimat wehen soll.

Abg. Dr. Goetz (Kons.): Die politische Forderung, daß ein internationaler Gerichtshof über innerpreussische Dinge mitreden soll, weisen wir zurück. Da wir Sieger sind, können wir auch als solche auftreten. Wir verneinen nicht die Schwerefelder der Volkserziehung, aber in den gesegneten Ländern liegt es noch schlimmer.

Landwirtschaftsminister v. Eifenhardt (Volk): Ich freue mich, daß ich zum erstenmal in diesem Hause spreche, der Landwirtschaft die verdiente Anerkennung auszusprechen zu können. Dieser Anerkennung wird auch jeder Verbraucher beitragen. Die landwirtschaftliche Erzeugung nach Möglichkeit zu steigern, ist das Gebot der Stunde. Dies eine hierjährige Erzeugung ist unsere wirtschaftliche Lage noch immer erträglich, zumal wenn man bedenkt, daß wir es nicht sind, die den Krieg verlängern. Wir werden daher in Zukunft die Entscheidungen weiter auf uns nehmen. Wir werden auch den Wirtschaftsjahr leichter ertragen, als diejenigen, die ihn aufgegeben haben.

Abg. Preuss (Volk): Da unsere Interessen in der Preussischen Kammer der Reichstag die des Herrn Goetz nicht. Ihre Aufgabe ist schwer genug, als daß wir sie ihnen noch durch weitere Wunschgelüste erschweren sollten. Der Redner hebt die Wichtigkeit der Verfolgung der Landwirtschaft mit Stiefpflüger hervor.

Abg. Dr. Wacker (Kons.): Auch wir halten es für eine dringende Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums, für die rechtliche Verbindung von Sämereien und Stiefpflüger zu sorgen. Gegenüber Rußland und Österreich verlangen wir eine gesunde Handelsvertragspolitik. Angesichts der geplanten Tarifveränderungen der Eisenbahnverwaltung müssen wir vor allem verlangen, daß die bestehenden Steuern überall gleichmäßig erhoben werden; es geht nicht weiter an, daß die Einkommensteuererhöhung durch die Sondersteuern erfolgt. Die jetzigen Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung zur Vereinfachung des Verkehrs sind eine Verdickung der Wirtschaftsverhältnisse.

Abg. Goetz (Kons.): Zunächst einige Bemerkungen zum Etat. Ueber die Notwendigkeit der weiteren Erhebung der Kriegszulagen zur Einkommensteuer haben meine Freunde noch nicht Stellung genommen. Ich persönlich halte sie für sehr zweifelhaft. Jedenfalls muß spätestens am Friedensschluß eine allgemeine

bündeln, Österreich und die Türkei, ab. Wenn die Entente den Völkern Österreichs und der Türkei das Selbstbestimmungsrecht, wie sie es nicht bringen will, dann sagen wir:

Königt Euch erst um das Selbstbestimmungsrecht Islands, Indiens usw.

Selbstverständlich treten wir auch ein für Aufrechterhaltung unserer vollen wirtschaftlichen Freiheit. Wir sind nicht zu haben für einen ungeschickten Frieden. Der Gedanke ist auch das Wort Lord Georges von dem Bombenwurf auf den deutschen Handel. Darunter würde niemand schwerer als die deutsche Arbeiterklasse leiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts kann man praktisch, politisch nicht auskommen. Die Unabhängigen mögen einmal lesen, wie das Selbstbestimmungsrecht gedeutet haben. Dieser Begriff entspricht nie mehr den Gebanfangen zur Zeit der großen französischen Revolution, als der Auffassung des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. Wenn Herr Ströbel auf sich leeren Begriffen herumtrotzt, so macht er mehr den Eindruck eines bürgerlichen Ideologen als eines marxistischen Sozialisten. Wer nicht mehr fähig ist, Neues zu lernen, den beneide ich wahrhaftig nicht. Wir schenken nicht halblos hin und her, aber wir haben das ungeschickte Erlebnis des Krieges in der Tat zum Anlaß genommen, um unsere bisherige Erkenntnis neu zu fundamentieren. Der blühende durch die Welt läuft und die Augen vor allen neuen Tatsachen verblödet, denkt dogmatisch, aber nicht wissenschaftlich. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. von Lehnen über die Vergeßlichkeit fremder Völker ab.

Es würde eine Schwächung Deutschlands bedeuten, wenn wir in größerem Maße fremdes Volkstum in unsern nationalen Körper hineinbringen, die wir niemals verdauen können. Deshalb muß gerade im deutschen Interesse vor allen offenen oder verdeckten Annexionen gewarnt werden. Das beugt natürlich nicht, daß nur alles ganz genau so bleibt, wie es vor dem Kriege war. (Hört, hört!)

Das hat selbst Ihr Freund Cobourer im Weltkrieg erklärt.

Es ist höchst bezeichnend, daß ein so revolutionärer Charakter, wie der Abg. Ströbel, die Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1814 so heilig achtet. (Heiterkeit.) Auch auf dem Balkan wird nicht alles so bleiben können wie früher. Auch Serbien muß freien Zugang zum Meer erhalten, damit es sich wirtschaftlich ausleben kann. Die Bulgaren haben das volle Recht, sich mit ihren macedonischen Stammesgenossen zu vereinen und ein Großbulgarien zu schaffen. Nur so können stabile Verhältnisse in dem alten Balkanort Europa geschaffen werden. Wenn wenig darf Belgien für alle Zukunft ein politisches, wirtschaftliches, kulturelles Bollwerk Englands und der Entente bleiben. Der bayrische Landtagsabgeordnete Birk hat in einem interessanten Vortrage

„Belgien als französischer Ortmar“

verfüßlicheres Material darüber gebracht. Die deutsche Auslandspolitik ist an all dem blühenden vorübergegangen. Darüber, wie aus der unruhigen Neutralität Belgiens ein wirtschaftlich gesunder dauernder Zustand heranzugehen kann, habe ich heute noch kein Urteil. Mit Schwägerung ist ja jedenfalls nichts getan. Vielleicht kann eine vernünftige Fortsetzung der von Deutschland jetzt durch Gründung der Banker Union für uns eingeschlagenen Politik hier zu geländeren Verhältnissen führen.

Auch der sozialpolitische Status

sann natürlich nicht unverändert bleiben. Aber die Veränderungen müssen sich abspielen können durch feste Verhältnisse der letzten unteren Nationalitäten. Das ist der große Unterschied zwischen innerer Aufwallung und der der Rechten. Es gibt kein unflüchtiges und irreführendes Wort als das vom Verzicht und Hungerfrieden, das uns auch im Ausland außerordentlich gelobt hat. (Sehr wahr! links.) Auch wir wollen nicht verzichten auf deutsche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

aber wir wollen darauf verzichten, daß am allerletzten Eroberungspläne mitten der Krieg ins Endlos fortgesetzt wird.

das wegen unerschütterlicher Ziele Millionen neuer Witwen und Waisen entstehen. Durch die Redensart zum Hunger und Verzichtfrieden wird ein völlig falscher Eindruck über die Stimmung des deutschen Volkes erweckt. Die Leute der Vaterlandspartei, die eine solche Agitation betreiben, beweisen keinen Funken politischen Geistes. Die behauptenden Vorgänge in der Berliner Verhandlung der Vaterlandspartei, wo Kriegsbefehlsgehäufte aus schwerer Beschlüß und behandelt wurden, sind kein Stimmesfall für Deutschland. (Sehr wahr! links.) Schon der Name dieser Partei muß im Ausland den falschen Glauben erwecken, als gäbe es in Deutschland überhaupt Parteien, die nicht vaterländisch gesinnt seien. Der alte Gegensatz zwischen Reichstreuen und Reichsfeinden, den wir am 4. August 1914 zu begraben hofften, wird so künstlich zu neuem Leben erweckt. Innerpolitisch und außenpolitisch ist

das Wirken der Vaterlandspartei verhängnisvoll;

besonders bedauerlich ist, daß auch einige ehrliche, aber verdrehte Ideologen auf liberaler Seite, wie Herr Traub, sich zu ihr bekennen. Man verneint die Begriffe Macht und Gewalt. Was die Vaterlandspartei erstrebt, ist

ein Gewaltfrieden mit Gewaltverzicht,

die aber, wie die Weltgeschichte beweist, nie von langer Dauer gewesen ist. Diejenigen Herren, die nach außen die Gewalt wollen, wollen nach innen die Unfreiheit. Demgegenüber ist aber unsere Partei: Macht wohl nach außen, aber Freiheit nach innen! (Sehr wahr! links.) Das ist die Parole des neuen Volkstums für Reich und Vaterland.

Das tatsächliche und scharfe Wissen aller inneren Reformen durch die Konvention unter Heppendorn ist das deutsche Zeichen, das die weltgeschichtliche Stunde der Konventionen gelagelt hat. Früher sind die grundlegenden Reformen, wie das allgemeine Wahlrecht, im Deutschen Reich und Österreich durch

in einer verfassungshungrigen Verdrängungspolitik.

Dann wird dabei auch deutsche Interessen wahrgenommen, ist selbstverständlich. Das mir sind die Vertreter deutscher Arbeiter. (Abg. Hoffmann: Name international!) Wir haben hier heute, daß ein Internationalismus nur denkbar ist auf der Grundlage nationaler Rechte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mir sind Vertreter deutscher Arbeiter ohne jeden Chauvinismus, ohne eine Spur von nationaler Überheblichkeit. (Abg. Hoffmann: Wie sollen wir denn sein?) Gerecht, aber nicht Menschen im leeren Raum, sondern deutsche Menschen, Menschen auf dem Boden der deutschen Nation. Die beste Arbeit haben. Das deutsche Volk kann nur einem Frieden zustimmen, der seine territoriale Unverletzlichkeit, seine politische und wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit garantiert.

Darum erkläre ich die deutsche Sozialdemokratie keine internationalistische Partei. (Abg. Hoffmann: Hört, hört!) Gleichwohl ist es früher beides Hand genommen und wird deutsch bleiben trotz des Abg. Hoffmann. Jede Partei, die heute hier ist, hat ein Interesse an Herr Graf Grotz, Herr Clemenceau oder Wilson ist, in inneren deutschen Verhältnisse lehnen wir ab. Wir wünschen eine gründliche und gesunde Reform unserer innerpolitischen Verhältnisse, aber das sind ausschließlich deutsche Angelegenheiten. Wir lehnen selbstverständlich auch eine Einmischung in die innerpolitische Gestaltung unserer Ver-

Konferenzen wie Bismarck und Th. v. Pod. erfolgt. Heute sprechen sich die Konventionen gegen beide politisch bedeutenden Fortschritt. Mit Recht hat Prof. Hans Delbrück nicht gefehlt: Was ist heute unsere Konvention? Bismarck als ein Erzmännchen der Preussensache. Die Wirkung der reaktionären preussischen Politik hat uns besonders im Ausland schwer gefehlt. Herr v. D. liest vor eine „organische“ Wahrheit. Dabei gibt es nichts Stumpfinnigeres und Unorganischeres als das Dreifaltigkeitsdogma. (Sehr laut links.) Die Nationalliberalen möchte ich fragen: Ob Sie sich zum gleichen Wahlrecht in der Verfassung setzen? Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Ich füge hinzu: Auch eine Verkleinerung und Verplünderung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Gerade die Stimmung der katolischen Arbeiter in der Wahlrechtsfrage ist äußerst erdrückend. Das habe ich in meinen Verammlungen im Westen sehr oft erlebt. Die Nationalliberalen möchte ich fragen: Ob Sie sich zum gleichen Wahlrecht in der Verfassung setzen? Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Ich füge hinzu: Auch eine Verkleinerung und Verplünderung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Gerade die Stimmung der katolischen Arbeiter in der Wahlrechtsfrage ist äußerst erdrückend.

Das habe ich in meinen Verammlungen im Westen sehr oft erlebt. Die Nationalliberalen möchte ich fragen: Ob Sie sich zum gleichen Wahlrecht in der Verfassung setzen? Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Ich füge hinzu: Auch eine Verkleinerung und Verplünderung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Gerade die Stimmung der katolischen Arbeiter in der Wahlrechtsfrage ist äußerst erdrückend. Das habe ich in meinen Verammlungen im Westen sehr oft erlebt. Die Nationalliberalen möchte ich fragen: Ob Sie sich zum gleichen Wahlrecht in der Verfassung setzen? Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Ich füge hinzu: Auch eine Verkleinerung und Verplünderung des gleichen Wahlrechts würde das Zentrum nicht überleben. Gerade die Stimmung der katolischen Arbeiter in der Wahlrechtsfrage ist äußerst erdrückend.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Zensur und Belagerungszustand vor dem Hauptauschuss.

An der Weiterberatung des Hauptauschusses über den Belagerungszustand nahm auch die von Dr. E. v. Bismarck geleitete Partei teil. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

ministeriums erlaubt. Einen solchen Widerstand würde er auch niemals dulden. Abg. Seine (Sog.): Die Antwort, die gefasste Oberst v. Weisberg in Bezug auf das Verammlungsrecht gegeben wurde, ist nicht unangenehm. Die Verammlungsrecht (Schließen) alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten und die geschlossenen Mitglieder Versammlungen müssen erst besonders genehmigt werden, wenn in ihnen politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Das läßt sich in der gegenwärtigen, politisch erregten Zeit gar nicht durchführen. Daher ist es ganz unangebracht, daß die politische Meinung wenig erfahrenen Militärbediensteten bei der Zulassung politischer Erörterungen parteiell verweigert. Wir er vor 6 Wochen von dem neuen Erlass über die Zensur gehört habe, habe er dem Kriegsminister um den Vorlass des Erlasses ersucht. Das ist abgelehnt worden. Die Zensur ist durch den Erlass vom 1. d. M. in Kraft getreten. Die Antwort entspricht in ihrem Inhalt und Ton weder der Bedeutung der Sache noch der Achtung, die der Reichstag und seine Mitglieder beanspruchen müssen. Reiz stellt es sich heraus, daß die Verträge des Erlasses unangenehm sind. Beschuldigt wird nicht die früheren Verbote, obgleich geboten worden? Die Zukunft ist jetzt freigegeben, obgleich es früher hieß: Gorden sei unverbesserlich und werde stets das Vaterland verlassen. Jetzt ist das Vaterland nicht in Gefahr, obgleich Gorden seine Ausfälle wieder veröffentlicht kann. Die Reichswehr hat sich nicht verboten, weil sie für die Grundzüge der Reichswehr als ein unerschütterliches Fundament angesehen werden. Die einstimmige Annahme der Vaterlandsparthei handelt gegen die Achtung der Ehre und die Achtung der Freiheit. Die Reichswehr hat sich nicht verboten, weil sie für die Grundzüge der Reichswehr als ein unerschütterliches Fundament angesehen werden. Die einstimmige Annahme der Vaterlandsparthei handelt gegen die Achtung der Ehre und die Achtung der Freiheit.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen. Die nationalliberale Partei hat nicht umgekehrt, nicht umgekehrt, sondern schwärzte dem Zentrum die Karten. Der Sozialdemokrat hat den ganzen Tag in hohem Maße von ihrer Stellung zum gleichen Wahlrecht abgesehen. Das hat Dr. Friedberg klar erkannt. Er ist klug und weitblickig genug gewesen, die Parteipolitik den allgemeinen Staatsverhältnissen unterzuordnen.

partei zu streiten, das sie zu den Militärpersonen gehören. Die Frage ist damit, daß die in Albanien Verordnungen für die Reichswehr abgeordnet verboten worden ist? General v. Bräuer: Was jetzt ist noch kein solcher Verbot festgestellt worden. Preßler v. Gump: Ich möchte mich darüber, daß die Kriegsminister noch lange nicht genügend mobilisiert gegenüber der Vaterlandsparthei. Den unabhängigen Abgeordneten muß sein Recht auf freie Meinungsäußerung werden. (Ebenso dürfen Verammlungen von Kriegsbediensteten nicht zugelassen werden. Dann wurde der

Unterhaushalt für den Antrag Deine beschloßen. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden darin die Abgeordneten Gertl und Seine unterstützt. Ferner wurde ein Interpellationsantrag, der die Kapazitätsfragen an die verschiedenen Fraktionen drücken und beantwortet werden. (Ebenso dürfen Verammlungen von Kriegsbediensteten nicht zugelassen werden. Dann wurde der

Britischer Hochmut gegen die Niederlande. London, 19. Januar. (Neuermeldung.) Ein Notenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung wegen der Beschlüsse des holländischen Dampfers Bernisse ist durch die holländische Regierung durch deutsche Unterhändler in die Öffentlichkeit gekommen. Der Dampfer Bernisse hatte Ruffische in West-Afrika am 2. Mai 1917 verlassen und wurde am 20. Mai durch einen englischen Hilfsträger angehalten, der ihm befohl, sich auf Afrika zu setzen. Während das Schiff das deutsche Kreuzer gebietet hatte, wurde es am 23. Mai von einem deutschen U-Boot angegriffen, beschädigt und durch englische Hilfsträger vom U-Boot ergriffen, was es, um nicht zu sinken, auf Strand getrieben wurde. Am 26. Oktober 1917 erhob der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande Beschwerde des Inhalts, daß die Verantwortlichkeit für die Schäden auf die englische Regierung falle, was abgelehnt von der britischen Regierung, denn es besteht kein Grund dafür, Schiffe in englische Häfen zu bringen und sie zu zwingen, das gefährdete Gebiet zu durchfahren. In seiner Antwort vom 16. November 1917 legte Balfour, die englische Regierung habe erwartet, zu hören, daß die Niederlande einen festigen Einpruch an die deutsche Regierung gerichtet hätte, wegen der offenbar rechtswidrigen und unmeritwürdigen Handlungsmittel der Unterhändler und daß diese Unterhändler im Hinblick auf die durch solche Unterhändler verursachten Verluste gegen jene Regierung gerichtet werden würde.

Balfour fährt fort: Das Recht der Kriegführenden, neutrale Schiffe zu prüfen und zu durchsuchen, kann nicht in Frage gestellt werden. Die Tatsache, daß solche Prüfung unter den jetzigen Verhältnissen nicht auf See stattfinden kann, ist nicht abzulehnen, und die Rechtmäßigkeit der Besichtigung solcher Schiffe in einem Hafen zur Prüfung ist vollständig während der gesamten Dauer der Kriegführung. Die Frage, ob die Sendung des Schiffes in den Hafen nötig gewesen ist, ist bedeutungslos, das Recht des kommandierenden Offiziers zu die er beabsichtigt zugehen ist. Der Schaden ist unmittelbar durch rechtswidrige Handlungen der deutschen Unterhändler verursacht und die englische Regierung kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist auch kein Streit darüber, daß das holländische Schiff, ein „Spergebiet“ einzuweisen, in welchem neutrale Schiffe ohne Erlaubnis verkehren können, im höchsten Grade rechtswidrig ist. Die englische Regierung hat mit Unbequemlichkeiten für sich selbst Einrichtungen getroffen, daß neutrale Schiffe, deren Reederei gewisse vernünftige Bedingungen auf sich nehmen, an bestimmten Punkten außerhalb des gefährdeten Gebietes geprüft werden können. Die Schiffe, um die es sich hier handelt, haben keinen Verstoß gegen die britische Regierung begangen, sondern es vorzogen, die Gefahr auf sich zu nehmen, die eintritt, falls die Entscheidung dahin getroffen wird, daß sie in einem englischen Hafen geprüft werden müssen.

Die Antwort der Niederlande vom 17. Dezember 1917 befreit die Ansicht, daß die Kriegführenden unter irgend welchen Umständen das Recht hätten, ein neutrales Schiff in einer Hafen zu bringen, und betont, daß es von diesem nur guter Wille ist, wenn es sich seines Rechts nicht bedient.

In seiner letzten Antwort vom 31. Dezember 1917 legt Balfour, die von der niederländischen Regierung angebrachten Erzeugnisse liefern die Schiffe durch die niederländische Regierung, obgleich die Schiffe durch eine zweifelhafte rechtswidrige Handlung deutscher Unterhändler verurteilt waren, beschlagnahmt seien, ihre Beschwerde an die englische Regierung und nicht an die deutsche Regierung gerichtet habe und die englische Regierung für rechtswidrige Handlungen ihrer deutschen Untertanen zu machen. Währen die seine ursprüngliche Beschwerde, von der letzten Entscheidung zu erlangen. Die englische Regierung sehe sich überlebend, Verhandlungen über den Besatz der Schiffe zu führen, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Zum englisch-niederländischen Notenwechsel schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Der Zweck der kleinen Gefährdungsfällen, die die englische Regierung durch die Beschlagnahme der Schiffe auf sich zu ziehen, ist die Niederlande zu zwingen, die Rechte der Kriegführenden zu verletzen, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Italienischer Hilferuf an die Entente. Italien kann nicht mehr, wenn die Alliierten nicht sofort handeln. Das ist, nach dem Bericht, der dem Senat des Reichstages übergeben worden ist, die wirtschaftliche Zustände im Lande, die ernstlich geworden sind und die weitere Fortsetzung des Krieges in Frage gestellt, denn das Land hat nicht genügend Brot, die Soldaten nicht genügend gesunde Nahrung und der Kriegsinstitut fehlt es an Rohstoffen und Kohle. Ohne sofortige Hilfe der Entente können Italien mehr weder leben noch kämpfen. Italien hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen. Die Entente hat die Pflicht gegen die Entente, welche, wie bereits bemerkt, bei der Prüfung richtiger anzustellen, den Beschlagnahmungen immerhin freistehen.

Sin gemagtes Spiel.

Von Paul Sirch, M. D.

Man wird die Bedeutung des Kampfes um das gleiche Wahlrecht in Preußen, dessen erster Akt durch den Beschluß der Verfassungs-Kommission, zunächst die Vorlage über die Zusammenlegung des Herrenhauses zu beraten, sondern bedeutet ist, nicht wohl zurecht, wenn man ihn als einen Kampf zwischen Krone und Junkertum bezeichnet, zwischen der Krone, die dem Volke als Zeichen ihrer Vertrauens das gleiche Wahlrecht geben will, und dem Junkertum, das sich als Hüter der Kronrechte aufstellen will. In Wirklichkeit handelt es sich darum, ob das alte Preußen, das so sehr zur Hinderung unseres Aufstieges in der Welt beigetragen hat, in die neue Zeit mit hinüber genommen oder ob es seiner Stelle ein modernes Staatswesen errichtet werden soll.

Sieheln wir uns in die Seele der Konfessionen, so haben wir volles Verständnis für die Fähigkeit und Energie, mit der sie der Einführung des gleichen Wahlrechts Widerstand leisten. Sie wissen, daß es um das Ganze geht, der Zusammenbruch des Dreiklassenwahlrechts bedeutet den Zusammenbruch ihrer Macht und damit den Untergang des alten Preußen, das sich seit Jahrhunderten als festes Bollwerk der Nation in Deutschland erwiesen hat. Wie August Rebell einmal gesagt hat: „Haben wir Preußen, so haben wir alles,“ so legen sich die Junker, haben sie diesen Preußen verlor, so haben wir alles verloren, sind unsere feindlichen Stellungen gegenüber einander, so ist es mit unsrer Herrschaft zu Ende. So kämpfen sie zähe um die Aufrechterhaltung der Herrschaft ihrer Klasse, und sie führen diesen Kampf mit der ganzen Hingebung, die sie von jeher ausgezeichnet hat.

Die Gegner des gleichen Wahlrechts wissen, was sie wollen, sie scheuen nicht nach rechts und nicht nach links, sondern richten ihren Blick geradenwegs auf das ihnen vor Augen stehende Ziel. In dieser Beziehung können die andern Klassen der Nation, die sich hinter den Junker hat der König von Preußen selbst in jeder Hinsicht die Verantwortlichkeit der Wahlrechtsreform anerkant; dem preußischen Junkertum ist das gleichgültig, das Zugeständnis ist ihm „abgepreßt“ und als getreue Gehobarte stellen sie sich häufig vor der Krone, die in Untertanen der Krone eines solchen Vorgehens ihre Rechte preisgibt. Und wie fangen sie an die Junker ab, die sich berufen und verpflichtet fühlen, die feingebigsten Wünsche der Nation zu befriedigen, die sie mit ihren Verträgen zu verletzen, daß sie gegen ihre innere Überzeugung handeln, daß sie ihren eigenen Willen haben, sondern bloße Handlanger sind, die gezwungen die ihnen von höherer Stelle erteilten Aufträge ausführen.

In der Mehrheit als einer Hinsicht ist die vierjährige Generalratsarbeit in der Kommission lehrreich, und wenn wir auch bedauern, daß durch das überflüssige Gerede solche wertvolle Zeit verloren gegangen ist, so können wir auf der andern Seite die Bereicherung unserer Kenntnisse über das Wesen des preußischen Junkertums als Gewinn bezeichnen. Die preußischen Junker und ihr Anhang haben aus dem Kriege nichts gelernt; ipsos ist das gewaltige Wesen einer neuen Zeit an ihnen vorübergegangen; ihnen, die sich zum Herrschen berufen fühlen, ist die oberste Kante eines jeden Herrschers, den Forderungen und Bedürfnissen der Zeit gerecht zu werden, fremd geblieben. Was kümmert sie die Wünsche des Volkes, was kümmert sie die Bedürfnisse der Nation, die sie seit Jahrhunderten in ihrem höchsten Grade, macht darüber die Junker in Trümmer gehen. Ein so trübseliges Spiel mit dem Volke, wie es die preußischen Konfessionen treiben, kann sich nur der erlauben, der seiner Sache sehr sicher ist oder der in seiner Verzweiflung alles auf eine Karte setzt.

Doch sie ihrer Sache sicher sind, wird man trotz allen Geknes nicht glauben können, denn durch alle ihre Taten zeigt der Untertan hindurch, daß sie den Kampf unter den Füßen schonen sehen, daß sie das Gebot ihres Gewissens nicht hören, sondern die Annahme, daß sie einen Berufsungspunkt führen. Ob sie ihn verlieren, ob sie schließlich darau herangezogen werden, das wird nicht zuletzt von der deutschen Arbeiterklasse abhängen.

Doch das Dreiklassenwahlrecht unzulässig geworden ist, diese Erkenntnis dämmert allmählich auch den reaktionären Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses. Aber mit halben Reformen, die nur das Alte in sich selbst nicht ändern, kann man nicht auskommen, man braucht die ganze Arbeit zu verrichten. Ein immer mehr bearbeitetes Wahlrecht empfindet das Volk genau so als unrecht, wie das Dreiklassenwahlrecht, ganz so wie von einem Wahlrecht auf berufstätiger Grundlage, das doch auf alle an mittelalterliche Zeiten erinnert. Wir berufen uns nicht auf die Theorie der Gleichberechtigung, daß nach dem gesamtlichen Erleben dieses Krieger die Partei des sozialdemokratischen Kampfes ist, denn auch ohne den Krieg war das elendeste aller Wahlrechtssysteme längst gerichtet.

Ziel zu lange hat die Sozialdemokratie dem preußischen Problem teilnahmslos gegenübergeblieben; erst verhältnismäßig spät hat sich die Arbeiterbewegung in Preußen für die Einführung des Wahlrechts in Preußen Bahn gebrochen, und der Wahlrechtskampf, der dann mit dem neuen Reichstag in Berlin seinen Höhepunkt erreichte, hat sich in Preußen selbst vollzogen. Die Arbeiterbewegung hat die Forderungen ihrer Führer folgend, auf die Straße gegangen, um für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu demonstrieren, wohl haben sie sich auch durch blutige Zusammenstöße mit der Polizei nicht von ihrer Forderung abhalten lassen, aber der Einbruch auf die berdehenen Kreise ist gering geblieben, die fortgesetzten Drohungen mit härteren Maßnahmen durch Herrn v. Loebel hinter den Worten nicht die Tat fand. Mit Verneinung der Forderungen allein, und mögen sie noch so wohl geklopft sein mit schönen Worten, erringt man keine politische Macht.

Neut ist die Situation anders als vor dem Kriege. Waren damals Regierung und Landtagsmehrheit entschlossen, dem Volke sein Recht vorzunehmen, erstreuten sie damals die Wahlrechtsfrage der liebevollsten Unterfertigung der Staatsgewalt vom Minister bis hinauf zum Landtagspräsidenten, so stehen sie heute in Opposition gegen die Regierung. Die Arbeiterbewegung hat, so zu sagen, das Programm der Regierung nicht in Unterfertigung, aber erleidet sich im sein Kampf dadurch, daß es nur noch einen Gegner gegen sich hat und diese verbitterte Konstellation gilt es auszunutzen.

Durch das Gebaren der Junker in der Kommission, das in der liebevollsten Weise von den national-liberalen Vertretern der Schwerindustrie gefördert wurde, hat die Arbeiterbewegung keine Vorbereitung. Wenn sich das Volk auch nur noch einen Teil seiner nationalen Ehre geachtet hat, dann muß es sich in gerechtem Zorn aufbäumen gegen seine Feinde, die ein solches Spiel mit seinen heiligsten Gütern treiben, die zu dem Spotz auch noch den Lohn fügen und sich falschen Blutes über die berechtigten Wünsche hinwegsetzen. Die Empörung über das Verhalten der Wahlrechtskommission befragt sich nicht auf die sozialdemokratisch gewählte Arbeiterpartei, auch nicht auf die Arbeiter allein, sondern sie ist wie ein Stein des Anstoßes, der die Arbeiterbewegung in der Unterfertigung der Wahlrechtsfrage in dem Zentrum angehörenden Arbeiterführers in der Kommission, wenn dem Volke jetzt nicht das gleiche Wahlrecht juteil werde, den Glauben daran, daß es nach dem Kriege erhalten werde, habe es längst verloren.

Wenn irgend etwas, so haben die Verhandlungen der Verfassungs-Kommission den Volke die Augen geöffnet und damit den Wahlrechtskampf aufs neue entzündet. Diese Parteien er ermahnen sich, welcher Mittel sich das erdrückte preußische Volk bedienen wird, um zu Ziel zu gelangen, das hängt von seinen Geheuern ab. Die preußischen Junker wissen, daß sie ein gemagtes Spiel treiben; möglich daß sie es wollen, daß sie es darauf abgesehen haben, das Volk bis aufs Blut zu reizen, um dann aus irgendwelchen überleiteten Schritten, zu denen es sich durch unvernünftige Beschlüsse hinziehen läßt, Kapital für sich zu schlagen. Diese Gefallen wird ihnen die deutsche Arbeiterpartei nicht tun, aber andererseits wird sie auch nicht Gerecht der Fuß heben und jeden Versuch schlag geduldig hinnehmen. Auch sind die Kampfmittel des Prekariatats nicht erschöpft.

Das Volk nimmt den Forderungen hin, es ist die Junker hingeworfen haben, auf es wird den Kampf für das gleiche Wahlrecht führen und nicht eher ruhen, als bis die Wagt der Junker getrieben ist.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 22. Januar 1918.

Im Stadttheater kommt morgen Mittwoch nachmittags 18. Rosenbräutchen, abends Die Geismüller, Sulzmanns Geheimnis und Tanzbilder, Donnerstag: Doktor und Apotheker, Freitag: Nathan der Weise, am Sonnabend nachmittags Rosenbräutchen und abends Die verkaufte Braut aufgeführt.

Stadt-Theater. (Spielplan vom 22.—25. Januar.) Dienstag: Ein Wolfswild. Mittwoch nachmittags: Rosenbräutchen, abends: Die Geismüller, Sulzmanns Geheimnis und Tanzbilder. Donnerstag: Doktor und Apotheker, Freitag: Nathan der Weise. Sonnabend nachmittags: Rosenbräutchen, abends: Die verkaufte Braut.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

In Hause der Gewerkschaften, Satz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 8—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Muskela. Die Inhaber von Kleinhandlungsgeschäften werden aufgefordert, bei dem Februartagen, Mittwochs nachmittags 20. die Stände abzugeben, und zwar am Mittwochs die Kleinhandlender mit den Anfangsbuchstaben A bis F, am Donnerstags von G bis K, am Freitag von L bis R, am Sonnabend von S bis Z.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 6 Siffer 1 der Verordnung des Bundesrats über die Ordnung von Feuersicherungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (R. G. S. 607 und 728) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Alle Unternehmer oder Leiter von Betrieben in Halle, in denen Milch erzeugt wird, ferner alle Personen, welche Milch im Handel oder gemauschelt abgeben, werden hiermit aufgefordert, binnen 3 Tagen anzugeben, wieviel Milch sie an den einzelnen Tagen vom 14.—20. Januar 1918 an Verbraucher abgegeben haben, ferner wieviel Milch sie an diesen Tagen bezogen haben und von wem.

§ 2.

Die Milchabgeber in Halle haben zugleich mit den Anmeldungen gemäß § 10 der Verordnung des Bundesrats vom 10. November 1916, anzugeben, wie viele Stunden bei ihnen abgemeldet werden soll und welche Mengen tatsächlich an die Kunden geliefert worden sind. Alle diese Angaben sind getrennt für Inhaber von Milchgeschäften und von Gelegenheitsbetrieben zu machen.

§ 3.

Wer diese Anmeldungen unterläßt, wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird gemäß § 17 der oben genannten Verordnung des Bundesrats mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder ein Geld bis zu 1500 Mark bestraft.

Halle, den 21. Januar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter dem Verbleibende des Mineralwasser-Substituten Hermann Klinge hier, Trothaer Straße 22, ist die Röhre ausgebrochen.

Halle, den 21. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Öeffentliche Bekanntmachung.

Weldung der Hilfsdienstpflichtigen.

Die im vorigen Monat ausgefertigte Annahme der Meldungen Hilfsdienstpflichtiger wird am 23., 24. und 25. d. M. wieder aufgenommen. Es haben sich zu melden:

am Mittwoch, 23. Januar, die Jahrgänge 1881—1886,

am Donnerstag, 24. Januar, die Jahrgänge 1887—1893,

am Freitag, 25. Januar, die Jahrgänge 1894—1900 (einschließlich).

Die Meldungen werden am städtischen Arbeitsamt, Salzgrabenstraße 2, entgegengenommen, und zwar für die mit dem Anfangsbuchstaben M—K beginnenden Hilfsdienstpflichtigen in der Zeit von 9:30 bis 12 Uhr vormittags, für die, deren Namen mit den Buchstaben L bis Z beginnt, in der Zeit von 3—6 Uhr nachmittags. Meldespflichtig sind:

1. alle männlichen Deutschen der Jahrgänge 1881 bis 1900 (einschließlich), soweit sie nicht

a) zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören, oder

b) auf Grund einer Deklaration vom Dienst im Heere oder in der Marine zurückgetreten sind.

2. alle männlichen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie der Jahrgänge 1881 bis 1900 (einschließlich), soweit sie sich im Gebiet des Deutschen Reiches ihren Wohnort oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben und nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehören.

Nicht nomdmals zu melden brauchen sich diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die sich bei der ersten Eintragung auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 1. März 1917, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Reichsgesetzblatt Seite 202) oder später aus Anlaß eines Stellen- oder Wohnungswechsels bei der von der Ortsbehörde angegebenen Stelle oder beim Einberufungsausschritt gemeldet haben und dies durch Vorlegung des getempelten Abreitfreifreins der Meldestelle nachweisen können. Wer den Abreitfreifreien nicht mehr besitzt, muß sich als nomdmals melden. Verpflichtet zur Meldung sind auch diejenigen, welche nach § 5 der Verordnung vom 1. März 1917 von der Meldepflicht befreit waren, so weit sie sich nicht aus Anlaß eines Stellen- oder Wohnungswechsels gemeldet haben und dies durch Vorlegung des getempelten Abreitfreifreins der Meldestelle nachweisen können.

Von der persönlichen Meldung ist befreit, wer sich bis zum 26. Januar schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgezeichneten Meldestelle meldet. Die schriftliche Meldung erfolgt durch Abgabe der ausgefüllten Meldestelle bei dem städtischen Arbeitsamt, Salzgrabenstraße Nr. 2 oder durch Abgabe der ausgefüllten Meldestelle

in offener an diese Stelle adressierten, unfrantierten Umschlag bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Auszahlung der von den Meldepflichtigen vorher auszuschüttelnden und von der Empfangsstelle oder der Postanstalt (Postagentur) getempelten Meldebefähigung (Abreitfreifreien der Meldestelle). Diese Befähigung ist sorgfältig aufzubewahren. Die Abgabe der ausgefüllten Meldestelle bei dem städtischen Arbeitsamt oder bei der Postanstalt (Postagentur) kann auch durch einen Bevollmächtigten, z. B. den Arbeitgeber, bei Beamten insbesondere auch durch die vorgefertigte Dienstbescheinigung, erfolgen. Die Aufzeichnung der Meldebefähigung ist Sache des Meldepflichtigen selbst.

Für die in öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Helfanstalten usw.) mit Einschluss der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) hat der Anstaltsleiter oder der von ihm dazu beauftragte Vertreter die Meldung schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgefertigten Meldestelle bis zum 26. Januar entweder durch Abgabe der Karten bei dem städtischen Arbeitsamt oder durch Abgabe der Karten in offener, an diese Stelle adressierten, unfrantierten Umschlägen bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Auszahlung der Meldebefähigung vorzunehmen. Die Abgabe kann auch durch einen Bevollmächtigten erfolgen. Die Meldungen können auch auf Eifen erstellt werden. Zu berücksichtigen sind hierbei alle am ersten Meldeorte in der Anstalt untergebrachten Meldepflichtigen.

Die Meldestellen nebst Umschlag für die schriftliche Meldung werden bei dem städtischen Arbeitsamt unentgeltlich ausgegeben. Dort sind auch gegen Zahlung von 10 Pf. für das Stüd die Bekanntmachung über Mitteilung des Stellen- und Wohnungswechsels erhältlich, zu deren Ausgabe nach § 12 der Verordnung vom 13. November 1917 jeder Arbeiter verpflichtet ist, der in seinem Betriebe Hilfsdienstpflichtiger ist.

Wer die Meldung schriftlich unterläßt, kann durch den Einberufungsausschuss mit einer Ordnungstrafe bis zu 100 Mark, und die Geldstrafe nicht betrautet sein, mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft werden.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark wird bestraft, wer in einer Meldung wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Halle, den 19. Januar 1918.

Der Magistrat.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738.

Lotte Neumann in: 1502
Der schwarze Pierrot.
Filmschauspiel in 4 Akten

Handesperre und Liebe
Lustspiel in 2 Akten mit Melitta Petri, Leo Paukert, Herbert Paulmüller.

Leipzigerstraße 88 Fernruf 1224.

Bruno Decarli in: 1502
Verkaufte Seelen.
Phantast. Schauspiel in 4 Akten.

Paul Heidemann in: 1502
Paul und Teddy.
Lustspiel in 3 Akten.

Säuglingsfürsorgestelle
am Franzosenweg
vom 2. Januar 1918 Sprechstunden täglich von 10 bis 11 Uhr.

Als Schneidermeister
empfiehlt sich für alle vorstehenden Arbeiten, wie auch Weben, Kneden von Herren u. Damengardrob.

O. Heinsath & Sohn,
Stein 19.

Kurzwaren, Besätze, Knöpfe, Weißwaren
preisreduziert 1004
im Kaufhaus
H. Elkan,
Leipziger
Str. 87.

Arbeiter,
abonnieren die Volksstimme!

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

Sonntag und Montag von 3—5 Uhr je einmalige Vorführung des Riesentänzerwerkes

Wilhelm Tell
5 Akte. — Beginn pünktlich 3 Uhr. [503

Jugendliche haben Zutritt.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kaunist — Preis 20 Pf.

Elsa-Lothringerin und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.

Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
St. Ulrichstraße 27.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 23. Januar nachmittags 3½ Uhr:
Rosenbräutchen
Märchen von Gerner.
Anfang 7:30 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Die Geismüller
Schauspiel von Goethe.
Hierauf: Sulzmanns Geheimnis und Tanzbilder.
Donnerstag: Doktor und Apotheker.
Freitag: Nathan der Weise.
Sonnabend nachm.: Rosenbräutchen, abends: Die verkaufte Braut.

Arbeiter-Nottz-Kalender
für 1918
wieder vorrätig in der
Buchhandlung Volksstimme
Halle, St. Ulrichstraße 27

inuerlich hat wohl mit einiger Wohlgefallenheit angenommen werden, daß damit gelangt sein soll, welche zugehörigen Vorkämpfe von angeblichen früheren Sozialdemokraten hätten die Wirkung der bisherigen Agrarverhältnisse mit geschaffen. Und das ist ein eindeutiges Zeugnis für die Tatsache, daß man doch früher mit diesen leichten Worten herab sich überheblich ausgesprochen hat, daß es als ein eigenes Bedürfnis ihm offensichtlich fernlag zu werden.

Der wertvollste Prüfstein hat am Sonntag im Wald-Theater stattgefunden, und zwar unter einer Beteiligung, über die sich die allgemeine Zeitung vorfindet, daß nicht, daß die meisten Männer der Partei die Besetzung der Plätze von dem Parteiparquet meinte einzeln auf andere Plätze hin große Teile des Volkes (also doch) in ungeliebter Verbannung befinden, doch Erregung erzeugen, und einen Frieden zu schließen, aus dem sich das Volkland niemals wieder erheben kann. Der 10. Juni 1917 war ein Unglückstag für unser Volk, er veränderte den Krieg und den von ihm bewirkten Frieden zu. Darauf sprach der ehemalige Rektor und jetzt Direktor der Arbeit über das „Was und Wo“ nach seiner Meinung besteht das darin, daß wir 1. Stufe halten, 2. die militärische Lage ausnützen, 3. die „Börnen“ von der Wirtschaft, dem S. Wirtschaftswirtschaft der Käufer und der Wirtschaftler im Lande fallen zu lassen, 4. die Wirtschaft in ein solches Zustand zu bringen, in dem die Arbeit die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten. „Das deutsche Volk (zu müssen gerade diese Leute reden) hat zu Hindenburg und Ludendorff unbegrenzte Vertrauen, daß die Zukunft nach dem endgültigen Siege führen wird.“ Wir widersprechen jedem Versuche, deutsches Volkseigenes von der Behauptung des Reiches zu trennen. „Wir sind in Deutschland. So wie es den Frieden für gut halten wird, er ein deutscher, fakultativ Frieden werden.“ Und vor sich eine Wunde soll nun irgendein Preis gegeben werden? Etwas höher haben wir den Intellekt der Weltländerinnen denn doch eingeschätzt.

Die Arbeitsbeschäftigung in Halle plant einen weiteren Ausbau, man ist neue Städte, neue Dörfer nötig. Als weiteres Arbeitsfeld soll nämlich ein Netz von Vertrauensleuten geschaffen werden, damit die vielen Arbeiter in der Industrie beschäftigt werden können. In der ihnen vermehrten Stelle nicht mehr fähig, diese vielleicht fünf aufgegeben haben, nicht aus dem Auge verloren werden, sondern doch ihnen erneut kräftige Hilfe zukommen, daß sie sich nicht vernachlässigt fühlen. Solcher Mitarbeiter braucht man für Halle etwa 90 bis 100, für das Land 60-70.

Die Einführung des Elektrizitäts-Verbrauchs wird in einer umfangreichen Bekanntmachung des Reichsministeriums für die Rohstoffverteilung gemacht. Danach ist der Verbrauch elektrischer Arbeit ein wichtiger Punkt bei den Bestimmung des Verbrauchs, die für einen Stromerzeugungsunternehmen bestehen, als auch bei denen, die sie in eigener Anlage (Einspeisung) erzeugen. Die Verbrauchsbefreiung gilt für alle Verbraucher von elektrischer Arbeit, also auch für frischenmotorige Betriebe, und zwar im allgemeinen auf 80 Prozent des Verbrauchs im gleichen Monat des Vorjahres 1916, doch bleibt vorbehalten, einzelne Verbraucher, deren Verbrauch im März 1917 im Vergleich mit dem Verbrauch von 1916 einzuwirken. Kriegsnotwendige Betriebe, deren Verbrauch infolge von Erweiterungen gegenüber dem gleichen Monats des Jahres 1916 wesentlich zugenommen ist, werden auf 80 Prozent des Durchschnittsverbrauchs der Monate August, September und Oktober 1917 eingeschränkt. Solche Verbraucher, die vor Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bereits Einschränkungen des Verbrauchs elektrischer Arbeit vornehmen wollten, können sich ihrer der Bestimmungen dieser Bekanntmachung bedienen. Kleinverbraucher werden von der Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit nicht betroffen, sofern der Jahresverbrauch 250 Kilowattstunden nicht übersteigt. Verbraucher, die von einem Stromerzeugungsunternehmen elektrische Arbeit gegen Bezahlung erhalten, haben für jede 200 Kilowattstunden Wärmung über die zugeflossenen Menge hinaus verbraucht Kilowattstunden einen Aufpreis von 30 Pfennig zu zahlen.

Die Abgabe von Häusern. Der Reichsminister veröffentlicht eine längere Bekanntmachung über die Verteilung von Kommunalgebäuden und Grundbesitz. Die Verteilung der Grundbesitz wird von den Kleinrenten- und Verbrauch der Bezugsnehmer verfolgt werden sollen. Nach der Bekanntmachung sind die Kleinrenten verpflichtet, solange die ermittelten Waren vorrätig haben, an jeden Mieter einen gültigen Bezugsbeweis aus zu liefern. Entfallende Menge der betreffenden Art abzugeben. Die Verarbeiter dürfen die Güter verkaufen, die im Juli 1917 im Vergleich mit dem vorigen Verarbeitungsbeschein bearbeitet und nicht unbenutzt vorräufig.

Einsparung der Kleintierminder. Die 10. und 5-Pfennig-Steuer an diesen Kleintierminder, die in der letzten Zeit den Kleintierminder haben die Kleintierminder und die bei ihnen eingehenden Kleintierminder nicht wieder ausgeben, sondern der nächsten Kleintierminder zuführen.

Dem Tierärztlichen Verein in Halle. Der Tierärztliche Verein hielt vorige Woche seine Generalversammlung ab und hatte unter anderem dem Geschäftsbericht, der diesmal zwei Jahre umfaßt. Es waren 124 Mitglieder wegen Abminderung von Tieren eingegangen, die der Volksgesundheit und der Amtsanforderung übergeben worden seien, die aber vielfach nicht unbeschadet bleiben mußten, weil sie an einem entscheidenden Moment im Frühjahr 1917 eingegangen waren. Der Bericht zeigt, daß die Zahl der Einträge erheblich zurückgegangen, von 522 Tieren im vorigen Jahre auf 70 Tieren im letzten Jahre und von 60 auf 12 Tieren. Auch die Zahl der Eingänge ist zurückgegangen. Auf Verordnung des Magistrats lies die Tier-Grubstätten im Hof befestigt werden, da sie vielfach ganz geschmacklos angelegt sind.

Neu Größung der Renten aus der Unfallversicherung. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 17. Januar beschlossen, daß die Empfänger von Renten aus der Unfallversicherung eine monatliche Zulage von 3 Mark zu ihrer Rente beantragen können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Rente, die die Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine Folge von zwei Dritteln der vorerwähnten Rente sein; 2. Die Verletzte muß sich im Lande aufhalten; 3. es dürfen nicht Leiden vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, es ist die Rente nicht genügend. Der Antrag ist an den Versicherungsträger oder ein Versicherungsamt zu richten. Zweckmäßigerweise werden geeignete Schritte dafür, daß die drei Bedingungen erfüllt sind, sofort beauftragt. Die Versicherungsträger sollen eine Entschädigung zur Verfügung stellen. Der Antragsteller kann gegen die Entscheidung binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch bei dem Oberverwaltungsamt einlegen, das auf einen Rentebescheid ausgeht. Die Oberverwaltungsamt entscheidet endgültig. Zulagen werden vom 1. Februar 1918 bis zum 31. Dezember 1918 gewährt und durch die Rente ausgedeckt.

Arbeitsbeschäftigung in Elmhorn-Güterverteilung. Dem Abgeordnetenhaus ist ein Entwurf vorgelegt, durch den die Regierung mit der Genehmigung einer Verordnung über die Veranschlagung der Arbeitsbeschäftigung in Elmhorn-Güterverteilung. Die Veranschlagung der Arbeitsbeschäftigung in Elmhorn-Güterverteilung ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Elmhorn-Güterverteilung. Die Veranschlagung der Arbeitsbeschäftigung in Elmhorn-Güterverteilung ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Elmhorn-Güterverteilung. Die Veranschlagung der Arbeitsbeschäftigung in Elmhorn-Güterverteilung ist ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Elmhorn-Güterverteilung.

weiterliegenden Einnahmen die finanzielle Lage der Eisenbahnbetriebe erheblich in Frage stellt.

Das Geschäft. In der Gde Widmer-Straße und Gd. Brannenstraße wurde am 21. März ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

Verhaftung. Infolge unvorsichtiger Angaben mit Hilfe durch einen gewissen Mann, wurde ein Einbruch in einem Einzelhandelsgeschäft verübt. Der Diebstahl betrug mehrere Hundert Mark. Die Polizei ermittelt die Täter.

und gerieten, einem Befehl des Magistrats nachzukommen, den fälligen Steuern und Abgaben eine einmalige Zahlungsumlage, die bei den einzelnen Steuerpflichtigen entfällt. Und die verbleibenden fälligen Steuern und Abgaben sollen eine einmalige monatliche Zahlungsumlage werden. Der Unterbefehl und die fälligen Steuern, die bei den einzelnen Steuerpflichtigen entfällt. Und die verbleibenden fälligen Steuern und Abgaben sollen eine einmalige monatliche Zahlungsumlage werden.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Viertes Sinfonie-Konzert. Das diesmalige Konzert fand unter dem überaus feinen Eindruck der pianistischen Kunst von Conrad Anhalt. Dieser von allen Wänschen besonders begabte, der trotz seines hohen Alters noch eine ungewöhnliche Beweglichkeit und Frische besitzt, spielte mit zwei der schönsten Proben seines großen Vermögens auf. Er spielte zuerst gemeinsam mit dem Orchester das „Konzert Nr. 2 in A-Dur und das ebenfalls mit dem Orchester das „Sonate Nr. 57 in B-Moll (Opus 101)“, das es in einer Art, die ihre Gleichnisse so leicht nicht findet. Was er spielte, erwarb unter seinen Händen gleichsam zu einer Art höherer Plastik und dabei war ein Singen und Klingen in den Tönen, das die Werkstätte seines großen Vorwärters. Folgen direkt vom neuem zu sein erfüllt haben erwarb. Das gab es auch nicht einen Akkor, der leer vorübergerauscht wäre, vielmehr wies jeder Ton seine monumentale Rolle auf, und alle ergaben sie sich für sich ein Monumentalbäude von ebenso großer Wohlklang als erschütternder Kraft, Größe und auch Originalität. Im das zu erreichen, das er sich freilich nicht nur der beherrschend ausgebildeten Fingerfertigkeit Concert führte, die sowohl einen wunderbar feinen Anfang auf, auch sonst die volle Bekämpfung des Akkorde für eigen nennt, sondern bewies noch mehr das äußere sein gebildete Selbsterkenntnis dieses Künstlers, sich ganz in den Stimmungsbildungen seiner Weiser zu verleben und von da aus das Gebläse mit aller Feinheit und Innigkeit abzudecken. Was es hierüber hat, das wird beim Zuhörer untergeordnet in Erinnerung bleiben. Daran hätte selbst Weiler selbst eine solche Freude gehabt, denn er im übrigen auch sonst noch tonal erweist. Das Concert selbst ist zunächst des Weiler herliche Eroica, die Sinfonie Nr. 3, jenes hohe Lied eines beherrschend lebenden, in dem die Welten unerschöpflich reisen mit aller feinsten Offenheit. Dann ließ es einen ganz Kosmos folgen, Richard Strauss, mit seiner fantastischen Dichtung „Tod und Bekämpfung“. Ob die Koneksionierung mit dieser Gegenüberstellung eines besonderen Zweck verfolgte, wissen wir nicht. Wir hätten viel lieber noch einen unter seinen klassischen Meister gehört. Abermals aber wurde damit erreicht, daß ein Stück nach dem anderen sich einlagert, ein Stück für ein Stück, bis die ganze Komposition eine Einheit geworden ist. Das Concert war ein außerordentliches Ereignis, das dem Publikum einen tiefen Eindruck hinterlassen wird. Die Besetzung der Orchester war sehr gut, besonders die Bläser, die den Klang des Orchesters sehr schön abgaben. Die Dirigierung wurde von dem Kapellmeister Herrmann übernommen, der das Orchester sehr schön abgab.

Aus der Provinz.

Neuburg. Elektrische Kolonnen aus Straßenbeleuchtung. Für den Fall, daß mit weiterer Einführung der Gasbeleuchtung gerechnet werden muß, wodurch die Straßenbeleuchtung in Frage gestellt werden könnte, hat unsere Verwaltung mit Einrichtung der elektrischen Kolonnen begonnen. Ein besonders wichtiger Punkt der Stadt elektrische Kolonnen anzubringen sind, deren Einrichtung jetzt erfolgen wird.

Auch Angelen an Wasser. Eine plötzlich eingetretene Störung im Betriebe des städtischen Wasserversorgungs in Maritz wird die Lösung des Wassers nach dem Hochbehälter auf einige Zeit erschweren. Bürgergesellschaft wird deshalb in ihrem eigenen Interesse auf die Einrichtung von Wasserleitungen in den verschiedenen Teilen der Stadt aufmerksam gemacht. Ein besonderes wichtiges Ereignis der Stadt elektrische Kolonnen anzubringen sind, deren Einrichtung jetzt erfolgen wird.

Neuburg. Die „Wänge“, das altberühmte Biergeschäft, Nr. 46/48, hat jetzt seinen Besitzer gewechselt. Aus diesem Anlaß wird über die Einführung des Namens „Wänge“ berichtet. Das historische Bier des alten Neuburgs wird dem Sinne und der ihn überlebenden modernen Mischen vor einst für kurze Zeit zurückzuführen. Ein besonderes wichtiges Ereignis der Stadt elektrische Kolonnen anzubringen sind, deren Einrichtung jetzt erfolgen wird.

Neuburg. Die „Wänge“, das altberühmte Biergeschäft, Nr. 46/48, hat jetzt seinen Besitzer gewechselt. Aus diesem Anlaß wird über die Einführung des Namens „Wänge“ berichtet. Das historische Bier des alten Neuburgs wird dem Sinne und der ihn überlebenden modernen Mischen vor einst für kurze Zeit zurückzuführen. Ein besonderes wichtiges Ereignis der Stadt elektrische Kolonnen anzubringen sind, deren Einrichtung jetzt erfolgen wird.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.

Die Stabskapitän v. B. In der letzten Nummer des Monatsheftes wurde die Verhaftung des Stabskapitäns v. B. veröffentlicht. Der Stabskapitän v. B. wurde wegen eines Verstoßes gegen die Dienstvorschriften verurteilt. Die Verhaftung wurde durch die Polizei durchgeführt.